

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort

der Abgeordneten Dr. Stefan Birkner und Dr. Gero Hocker (FDP), eingegangen am 12.03.2013

Gespräch zwischen Bundesumweltminister Altmaier und Vertretern der Landesregierung zur Endlagerfrage

Am 8. März 2013 traf sich Bundesumweltminister Peter Altmaier mit Vertretern der Landesregierung in Hannover, um mit ihnen über ein Gesetz zur Endlagersuche zu diskutieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wer war Initiator dieses Gespräches?
2. Wer nahm an dem Gespräch teil (bitte alle teilnehmenden Personen auflisten)?
3. Mit welcher Strategie gingen die Vertreter der Landesregierung in das Gespräch?
4. Was wurde im Einzelnen bei dem Treffen in Hannover besprochen?
5. Hat die Landesregierungen in dem Gespräch mit Minister Altmaier konkrete Standorte ausgeschlossen?
6. Zu welchen Ergebnissen kamen die Gesprächspartner?
7. Wurden weitere Gespräche zwischen dem Bundesumweltminister und der Landesregierung verabredet, und, wenn ja, wann werden diese stattfinden?
8. Wie sieht die weitere Strategie der Landesregierung in der Endlagerfrage konkret aus?

(An die Staatskanzlei übersandt am 18.03.2013 - II/72 - 12)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz
- Ref17-01425/17/7/08-0002 -

Hannover, den 16.04.2013

Am 08.03.2013 ist Bundesumweltminister Peter Altmaier nach Hannover gekommen, um mit der Landesregierung über die Probleme der Energiepolitik zu beraten. Konkret ging es in dem Gespräch mit Ministerpräsident Stephan Weil und Umweltminister Stefan Wenzel um das weitere Vorgehen bei der Suche nach einem Endlager für Atommüll und um Möglichkeiten, den Anstieg der Strompreise zu begrenzen.

Die Niedersächsische Landesregierung hat das Treffen genutzt, um die niedersächsischen Positionen darzulegen. Mit den Standorten Asse, Konrad und Gorleben sowie durch seine unmittelbare Nähe zum Lager für radioaktive Abfälle Morsleben ist Niedersachsen bereits heute in herausragender Weise von der Entsorgung aller Arten radioaktiver Abfälle betroffen.

Als Ergebnis der Gespräche zwischen Bundesumweltminister Peter Altmaier, dem Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen Stephan Weil und dem Umweltminister des Landes Niedersachsen Stefan Wenzel wurde ein Gemeinsamer Vorschlag zum weiteren Umgang mit dem Entwurf des Standortsuchgesetzes am 24.03.2013 in Berlin vorgestellt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Niedersachsen hat im Vorfeld des Besuchs bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich gemacht, dass Fragen der Entsorgung von Atommüll nicht gegen, sondern nur mit Niedersachsen geklärt werden können. Insofern wurde der Besuch von Bundesumweltminister Altmaier sehr begrüßt.

Zu 2:

An dem Gespräch haben Ministerpräsident Weil, Bundesumweltminister Altmaier und Umweltminister Wenzel teilgenommen.

Zu 3:

Das Gespräch diente neben dem Meinungsaustausch zu energiepolitischen Fragen auch dem Ausloten von Positionen zum geplanten Standortauswahlgesetz.

Zu 4:

Diskutiert wurden negative Folgen des Gesetzentwurfs vom 16.01.2013 für Niedersachsen und die Bereitschaft des Bundes zu Veränderungen des seinerzeit vorliegenden Entwurfs.

Zu 5:

Herrn Bundesminister Peter Altmaier wurde der Inhalt des Koalitionsvertrages und die ersten Schritte der Umsetzung erläutert.

Zu 6:

Es wurde vereinbart, den Dialog auf der Basis von Vorschlägen des Landes fortzusetzen.

Zu 7:

Ja, im Rahmen weiterer notwendiger Klärungen werden gegebenenfalls weitere Gesprächstermine vereinbart.

Zu 8:

Das Ergebnis der Gespräche findet sich in dem gemeinsamen Vorschlag, der am 24.03.2013 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Stefan Wenzel